

Wiedersehen mit Südvietnam¹

André Gomane SJ

Als wir die Xa-Loi-Pagode verließen, wo wir mit einem Bonzen ein interessantes Gespräch gehabt hatten, wurden wir von zwei Ausländern auf Englisch angesprochen: „Sie sind katholischer Priester?“ – „Jawohl.“ – „Aus welchem Grund haben sie mit den Bonzen sprechen wollen?“ – „Um zuverlässige Informationen zu erhalten; es ist einfach unmöglich, sie aus Presseberichten zu beziehen.“ Es ist tatsächlich so, daß man selbst in Bangkok, kaum 700 km von Saigon, nur sehr lückenhaft über die gegenwärtige Krise in Südvietnam unterrichtet ist. Die Auslandspresse ist aus Gründen, über die noch zu reden sein wird, verstimmt und berichtet voller Vorurteil. So konnte es dann zu den Protestkundgebungen gegen die „Religionsverfolgung“ in Südvietnam kommen.

Es bleibt unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als sich an Ort und Stelle zu informieren. Wird es uns gelingen, objektiver zu sein als andere? Zum mindesten war es unsere Absicht. Wir geben zunächst einen kurzen Überblick über die im Spiel befindlichen Gruppen; dann suchen wir zu zeigen, wie sie aufeinanderstießen.

Die Katholiken

Sie zählen etwa 1 Million, das ist ein Zehntel der Bevölkerung. Sie verteilen sich auf zwei Kirchenprovinzen: Hué mit rund 500 Priestern und Saigon mit ungefähr 700. Mgr. Dinh Thuc ist Erzbischof von Hué und Doyen des vietnamesischen Episkopats, als dessen Sprecher man ihn ansehen kann. Bekanntlich ist er außerdem der ältere Bruder des Präsidenten Diem.

Den erzbischöflichen Stuhl von Saigon hat Mgr. Nguyen Van Binh inne, eine ebenfalls profilierte Gestalt des vietnamesischen Episkopats. Er ist der Verfasser des berühmten Hirtenbriefs vom 16. Juni. Dieses wichtige Dokument rief den Gläubigen die traditionelle Lehre der Kirche und insbesondere der letzten Päpste in Erinnerung. In ihm stand der Satz der Enzyklika „Pacem in terris“ zu lesen: „Zu den Menschenrechten gehört auch das Recht, Gott der rechten Norm des Ge-

¹ Die Ereignisse in Südvietnam überstürzen sich. Der Artikel, den wir hier veröffentlichen, ist im August 1963 geschrieben. Dennoch glauben wir, daß er auch heute noch dazu dienen kann, die verwinkelte Lage besser zu verstehen und die inzwischen bekanntgewordenen Ereignisse in den Zusammenhang des Ganzen einzordnen.

wissens entsprechend zu verehren und seine Religion privat und öffentlich zu bekennen“ (Herder-Bücherei Bd. 157, 90).

Die vietnamesischen Katholiken sind voller Eifer. Sie haben bei dem Exodus aus Nordvietnam 1954/55 bewiesen, was ihnen ihr Glaube bedeutet. Bekanntlich waren damals von den 900 000 Flüchtlingen an die 700 000 Katholiken. Das heißt aber, sie haben bewiesen, daß sie mehr als andere bereit waren, alles für ihren Glauben zu opfern. Und man darf überzeugt sein, daß ihr Antikommunismus kein Opportunismus ist und sich auch in der Prüfung bewähren wird. Heute, 8 Jahre später, kann man feststellen, daß sich an ihrer Haltung nichts geändert hat. 35 % der südvietnamesischen Soldaten sind katholisch. Sie haben nicht im geringsten das Gefühl, einer ausländischen Religion anzugehören. Sie zeigen vielmehr, daß ihnen ihr Glaube die Kraft gibt, ihre vaterländische Pflicht zu tun, und sie mit dem Enthusiasmus erfüllt, der notwendig ist, um ihrem Land die Freiheit zu erkämpfen.

Freilich ist wahr, daß man von Männern, die mit der Freiheit ihres Landes zugleich die ihres Glaubens verteidigen, keine säuberliche Trennung zwischen Kirche und Staat verlangen kann. Die Flüchtlinge aus dem Norden gaben sich in ihren Barken dadurch zu erkennen, daß sie die päpstliche Flagge hißten. Heute noch findet man sie z. B. in den Dörfern um Bien Hoa um ihre Kirche als das Zentrum ihres nationalen und religiösen Gemeinschaftslebens geschart.

Es ist auch richtig, daß sich die katholischen Missionen zur Zeit der französischen Kolonisation großzügig entfalten konnten. Seitdem genießt die Kirche rechtliche Anerkennung, die ihr auch nie mehr bestritten worden ist. Doch nur wer niemals die Grenzen Vietnams überschritten hat und nie ins Land gekommen ist, kann behaupten, daß man der Kirche Vietnams noch ihren kolonialen Ursprung anmerke oder daß sie im Lande einen Fremdkörper darstelle. Die vietnamesische Kirche ist heute zum großen Teil eine Eingeborenenkirche. Die ausländischen Missionare sind nur Gehilfen der Hierarchie des Landes. Mag man bedauern, daß der apostolische Eifer der Vietnamesen nicht immer die nötige Reserve wahrt. Es hat zwar entgegen verbreiteten Nachrichten niemals Zwangsbekehrungen gegeben; man muß aber zugeben, daß eine gewisse sich siegreich gebärdende Lautstärke für ein Land mit katholischer Minderheit sich wenig schickt. Wenn tatsächlich in einigen Diözesen die Zahl der Bekehrungen einen eindrucksvollen Anstieg aufweist, auch wenn man die Opportunisten abzieht, so sollte man dafür Gott danken, ohne die große Trommel zu schlagen.

D e r B u d d h i s m u s

Heute lernen schon die Schulkinder in der ganzen Welt, daß Südvietnam zu 80 % buddhistisch sei. Diese Ziffer begegnet einem überall mit einer zähen Konstanz. Dennoch ist sie im Grund nicht richtig. Wir haben gesagt, daß die Zahl der

Katholiken 10 % beträgt. Wenn wir die animistische Bergbevölkerung ebenfalls mit 10 % ansetzen, bleiben in der Tat 80 %, die man „Buddhisten“ nennen kann. Nur muß man sagen, was man unter diesem Wort versteht. Der Buddhist Mai-Tho-Truyen hat das z. B. in seinem 1962 von der Xa-Loi-Pagode herausgegebenen Buch „Der Buddhismus in Vietnam“ getan. Er schreibt: „An sich gibt es in Vietnam drei Hauptreligionen: den Taoismus, den Konfuzianismus und den Buddhismus. Tatsächlich aber gibt es nur eine Religion, die aus der gegenseitigen Durchdringung der genannten drei resultiert, und jede der drei kann als Teilaspekt des Ganzen angesehen werden“ (a.a.O. 16). Wenn man also übereinkommt, jeden Anhänger dieser Sammelreligion „Buddhist“ zu nennen, mag der Beitrag der verschiedenen Gruppen zu ihr auch noch so unterschiedlich sein, dann kann man sagen, daß die „Buddhisten“ 80 % ausmachen.

Wenn es sich aber um den Konflikt handelt, der uns hier beschäftigt, dann kommt es auf die Zahl derer an, die im Ernst hinter den eigentlichen buddhistischen Führern stehen und ihren Parolen folgen. Behauptungen, sie bildeten 80 % der Bevölkerung, wären ebenso abwegig, als wollte man behaupten, alle Franzosen, die keine Protestanten oder Juden sind, befolgten die Direktiven des französischen Episkopats. Die Buddhisten erklären in ihren offiziellen Dokumenten selbst, daß dem buddhistischen Gesamtverband Vietnams 3 Sanghas mit 3000 Bonzen und 600 Nonnen angehören und ebenso drei Zusammenschlüsse von Gläubigen mit einer Million eingetragener Mitglieder. Diesen Zahlen wären noch, immer nach buddhistischen Angaben, weitere 3 Millionen nichteingetragener Anhänger hinzuzufügen. Demnach betrüge die Zahl derer, die man im Ernst Buddhisten nennen kann, 4 Millionen; das heißt aber, sie machen nicht 80 %, sondern, wenn es hoch kommt, 40 % der Bevölkerung aus. Auf Seiten des Gesamtverbandes der Buddhisten mag die Absicht bestehen, alle nichtkatholischen Sekten zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen, doch ist er unseres Wissens bis heute dazu weder von den Konfuzianisten, noch von den Taoisten, von Hoahao und Binh Xuyen ermächtigt worden.

Tatsächlich ist die Organisation des vietnamesischen Buddhismus ziemlich jungen Datums. Unter der französischen Besetzung war der Buddhismus einschneidenden Beschränkungen unterworfen: Kontrolle der Bonzen, vorherige Baueraubnis für Pagoden, Einschränkung des Rechtes der Buddhistengemeinschaft, Schenkungen und Vermächtnisse entgegenzunehmen. Erst 1931 bildete sich eine „Vereinigung für buddhistische Studien“ in Saigon. 1952 stimmte ein Nationalkongreß von 50 Delegierten, der in Hué tagte, dem Beitritt der Verbände von Saigon, Hué und Hanoi zur Buddhistischen Weltvereinigung zu, die 1950 nach dem „Koncil“ von Colombo auf Ceylon gebildet worden war. Als 1952 die Buddhareliquie auf dem Weg von Ceylon nach Tokyo durch Vietnam kam, wurden „in weniger als 6 Tagen 50 000 Menschen vom Vietnamesischen Buddhisten-

bund zusammengebracht“. Doch muß man dazu bedenken, daß allein die Zusammenballung im Raum Saigon-Cholon an die 2 Millionen Menschen beträgt.

Zweifellos stehen wir also in Vietnam vor einem Wiederaufleben des Buddhismus. Er äußert sich gleichfalls in der Schaffung sozialer Einrichtungen (so werden z. B. in der Xa-Loi-Pagode täglich 200 Kranke kostenlos behandelt), in der Arbeit der Jugendverbände (70 000 Jugendliche in 1000 Gruppen und 3000 ehrenamtlichen Helfern), in der Aufstellung einer Predigergemeinschaft, der Schaffung von 10 Bonzenschulen. Die Bewegung, die sich in all dem kundtut, ist nicht in allen buddhistischen Gruppen Südvietnams gleich stark, es scheint vor allem, daß der Organisationswille, der in Saigon und Hué zu spüren ist, noch keineswegs aufs Land hinausgedrungen ist.

In Wirklichkeit ist die Organisation des vietnamesischen Buddhismus ziemlich schlaff, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß sich umstürzlerische Elemente einschleichen können. So will man aus guter Quelle wissen, daß eine Schülergruppe auf einem Ausflug im Wald ein großes Lager Bonzenkleider entdeckte, die offenbar für Widerstandskämpfer bestimmt waren. Ebenso erzählt man von einem mit Bonzen beladenen Kraftwagen. Als er zur Überprüfung der Personalausweise angehalten wurde, hätten sich die Fahrgäste plötzlich auf die Polizisten gestürzt. Es ist schwer, für die kommunistische Infiltration in die Reihen der Buddhisten sichere Beweise zu erbringen. Jedenfalls dürfte es feststehen, daß sie bei ihnen keinem starken Widerstand begegnen würde.

Die Regierung

Der dritte Mitspieler in diesem Drama ist die Regierung. Wir müssen uns hier darauf beschränken, vier Mitglieder der Präsidentenfamilie vorzustellen. Der Präsident Diem selbst ist allgemein bekannt und eine ebenso allgemein umstrittene Persönlichkeit. Dennoch gilt er als völlig selbstlos, bereit, für das Wohl seines Landes alles, selbst sein Leben zu opfern. Sein Verdienst besteht schon darin, die Macht zu einer Zeit übernommen zu haben, da die Franzosen ihm kaum halfen und selbst die Amerikaner ihm nur geringe Chancen einräumten, während die Sekten und Vietminh ebensoviele Gegner waren, die es zu besiegen galt. Es gelang ihm damals, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen und der Verteidigung des Landes wider die kommunistische Bedrohung eine Mitte zu geben. Heute, acht Jahre später, mag das Vertrauen erschüttert sein; wenigstens aber verteidigt sich das Land weiter siegreich gegen den andringenden Feind.

Eine der Schwächen des Präsidenten Diem besteht in seiner Unfähigkeit zuzuhören. Eine Audienz beim Präsidenten (wer in Vietnam wüßte das nicht?) läuft auf das Anhören eines Monologs hinaus. Zugleich verbieten ihm Gründe der Sicherheit, sich unter sein Volk zu mischen. Nur ein sehr kleiner Kreis von Beratern besitzt sein Vertrauen und übt Einfluß auf ihn aus. Meist handelt es sich

um Mitglieder seiner Familie. Über seinen geheimnisvollen Bruder Ngo Dinh Can weiß man so gut wie nichts, außer daß er eine persönliche Polizei unterhält, die ihm seine Macht in den Provinzen der Mitte des Landes sichert und gegenüber dem Einfluß von Ngo Dinh Nhu im Süden ein Gegengewicht bildet.

Dagegen müssen wir Frau Nhu unsere volle Aufmerksamkeit zuwenden; hat doch die Presse mit Recht betont, welch entscheidende Rolle sie in dem gegenwärtigen Konflikt spielt. Offiziell ist sie nichts weiter als die Frau im Präsidentenhaus. Sie ist Abgeordnete der Nationalversammlung und steht an der Spitze der südvietnamesischen Frauenverbände. In Wirklichkeit ist ihr Einfluß gewaltig und in allen Regierungssektoren deutlich spürbar. Energisch und von überlegener Intelligenz, reagiert sie auf alles heftig und kennt keine Schonung des Gegners. So hat sie die Korrespondenten der Auslands presse allzudeutlich ihre Verachtung spüren lassen. Sie haben es ihr nicht verziehen und nehmen von vornherein für jeden Partei, der Frau Nhu angreift. Sie trat 1943 in Zusammenhang mit ihrer Verehelichung zum Katholizismus über und vertritt mit der gleichen Vehemenz ihre politischen wie ihre religiösen Anschauungen. Frau Nhu setzte alles daran, die Gesetze gegen die Polygamie, das Konkubinat und die Ehescheidung durchzubringen. Sie steckt offenbar auch hinter dem Verbot des Twist.

Der Gatte von Frau Nhu ist nur politischer Berater des Präsidenten. Außerdem ist er Chef der Republikanischen Jugend. Er läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um jede Regierungsmaßnahme zu kritisieren, die sich vom „harten Kurs“ entfernt. Erst unlängst hat er öffentlich erklärt: „Diese Regierung gibt Zeichen der Schwäche“. Er gehört zu denen, die der Meinung sind, um die Kommunisten wirksam zu bekämpfen, müsse man die gleichen Mittel anwenden wie sie: regelmäßiges ideologisches Einbläuen für das Büro- und Verwaltungspersonal, antikommunistische Kundgebungen und Aufmärsche, öffentliche Denunzierungen und Selbstanklagen, Wohnviertelversammlungen mit Diskussion der Tagesereignisse usw.

Auf Ngo Dinh Nhu geht ebenfalls die Schaffung der sogenannten „Strategischen Dörfer“ zurück, die die Selbstverteidigung der Bewohner gegen die Überfälle des Vietcong gewährleisten sollen; ferner die Ausarbeitung der „personalistischen Doktrin“, die für die Regierungspolitik die ideologische Basis abgeben soll. Mag dem sein wie ihm will, im Augenblick scheint der Kampf gegen den Kommunismus in den Augen von Ngo Dinh Nhu die Unterdrückung jeglicher Opposition zu rechtfertigen. Er soll das mit den Worten formuliert haben: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“

Erzbischof Ngo Dinh Thuc von Hué, von dem bereits die Rede war, darf ebenfalls in der kurzen Beschreibung der Familie an der Macht nicht fehlen. Nicht als ob er eine politische Rolle zu spielen gesucht hätte. Aber es ist einfach unmöglich, daß er ihr völlig entgehen könnte, wenigstens in den Augen des Volkes. Es ist nur zu verständlich, daß sich der Präsident, sobald er an die Macht gekommen war,

bei einem der wenigen Männer Rat geholt hat, denen er vertrauen konnte und der zugleich zu den höchsten moralischen Autoritäten des Landes gehörte. Er residierte damals unweit Saigon in seiner Diözese von Vinh Long. Man begreift gleichfalls, daß der Erzbischof nicht zögerte, seinen Bruder zum Kampf gegen den Kommunismus, der die Religion so nahe angeht, zu ermutigen und ihm darin beizustehen. Bedauerlich dagegen ist, daß Beamte den älteren Bruder des Präsidenten in kriegerischer Ergebenheit umschmeicheln, weil sie auf Beförderung aus sind.

Man muß nun zunächst so gerecht sein und sagen, daß die Regierung Diem das große Verdienst gehabt hat, die Gefahr zu erkennen, die Südvietnam bedrohte, und ihr um den Preis harter Opfer die Stirn geboten hat. Es ist klar, daß in einer solchen Krisensituation dem einzelnen nicht dasselbe Ausmaß an Freiheit eingeräumt werden kann wie in ruhigen Zeiten. Immerhin hat der verantwortliche Staatslenker dann die Aufgabe, die Seele des Volkes für die heilige Sache zu entflammen, so daß es freiwillig zu den Opfern bereit ist, die die Lage erfordert. Das ist der Regierung Diem leider nicht gelungen. So ist es zum Beispiel ein trauriges Schauspiel zu sehen, wie nach so viel Jahren des antikommunistischen Kampfes, der doch als heilig gelten müßte, die meisten Studenten dem Militärdienst zu entgehen trachten.

Unsere Absicht kann hier nicht sein, den letzten Gründen dieses Versagens nachzugehen. Wir wollen ihrer nur zwei nennen. Nach unserer Ansicht wären zwei Dinge erfordert gewesen, damit die Ideologie Diem, die sich auf den Antikommunismus und den Personalismus stützt, beim Volk „eingeschlagen“ hätte: 1) Das Volk hätte die Gewißheit haben müssen, für das Allgemeinwohl und nicht für das Wohl einiger weniger zu kämpfen. Wenn man zum Beispiel den Beamten zwangswise eine bestimmte Summe von ihrem Gehalt abzieht, um einem Mitglied der regierenden Familie ein Geschenk zu machen, so verstehen die Leute nicht, was das mit dem Kampf gegen den Kommunismus zu tun haben soll, und bekommen ein sehr verzerrtes Bild vom „Personalismus“. Man wird entgegnen, es sei gar nicht die Regierung gewesen, die auf dieser Geste bestanden habe; gut, dann hätte sie es eben untersagen sollen. 2) Die im Kampf gegen den Kommunismus verwandten Mittel dürfen nicht zum Ziel eben dieses Kampfes, nämlich der Freiheit, in Widerspruch stehen. Mit einer bloßen Polizeiregierung kann man dieses Ziel jedenfalls nicht erreichen. Man gerät dann nur in die gleiche Ausweglosigkeit wie der Marxismus. Die Wege der Knechtung führen nie in die Freiheit, und niemand wird je glauben, daß polizeiliche Beschnüffelung den „Personalismus“ fördert, der allein der kommunistischen Gleichmacherei gewachsen ist. Will man Personalist sein, dann muß man es auch ehrlich und konsequent sein.

Nun ist aber nicht zu leugnen, daß die Regierung Diem durch ihren kleinlichen Argwohn nicht wenige bedeutende Persönlichkeiten abgestoßen hat. Zum Teil sind sie ins Ausland gegangen, weil sie diese erstickende Atmosphäre einfach nicht

aushielten, oder sie sind mehr oder weniger zur Tatenlosigkeit verurteilt. Nur solche Leute fühlen sich unter diesem Regime wohl, bei denen niedrige Schmeichelei die Begabung ersetzen muß. Man denke etwa an jenen Vorsteher einer Provinz, einen Nichtkatholiken, der am Fest des hl. Jakobus, dem Namenstag von Ngo Dinh Nhu, sämtliche ihm unterstellten Beamten zum Meßbesuch zwang. Wir wissen nicht, ob er dafür belobigt wurde. Jedenfalls hat er keinen Tadel bekommen. Ähnlich steht es mit jenem untergeordneten Beamten, der am 8. Mai in Hué aus Übereifer auf der Durchführung des Fahnenverbotes bestand.

Das sind in knappen Umrissen die Hauptspieler des Dramas. Welche Stellung nehmen sie in dem Konflikt ein?

Die Regierung und die Katholiken

Man kann nicht leugnen, daß die Katholiken tatsächlich vom gegenwärtigen Regime bevorzugt worden sind. Es geschah im wesentlichen deshalb, weil sie nicht ohne Grund als zuverlässige, unbeugsame Antikommunisten betrachtet werden. Es wäre jedoch nicht richtig zu behaupten, daß man in dieser Bevorzugung das Maß überschritten hätte. Auch die Bezeichnung der Regierung Diem als „katholische Regierung“ entspricht nicht den Tatsachen. Vielleicht helfen einige Zahlen trotz allem, daß die übertriebenen Behauptungen der Presse einer gerechteren Würdigung weichen: Der Vizepräsident der Republik ist Buddhist. Im Kabinett finden sich unter 17 Mitgliedern nur 5 Katholiken; von 19 Generalen sind nur 3 katholisch, von 14 Kommandanten der Spezialtruppen nur 4. Ebenso sind die katholischen Provinzvorsteher und Abgeordneten in der Nationalversammlung in der Minderheit. Nirgends kann man feststellen, daß ein Nichtkatholik geringere Erfolgsschancen hätte als ein Katholik.

Was die katholischen Institutionen betrifft, so werden sie von der Regierung, die nur über begrenzte Mittel verfügt, kaum gefördert. Auf dem Schulsektor zum Beispiel erhalten die 30 katholischen Schulen zusammen 6300 Dollars, das heißt aber wenig mehr als 200 Dollars pro Schule. Sollte einem das viel erscheinen, so möge er zur Kenntnis nehmen, daß für 3 buddhistische Schulen von der Regierung 6800 Dollars gegeben wurden. Wenn die eine oder andere katholische Institution eine Unterstützung erhielt, dann geschah es jedenfalls, ohne daß damit das Recht anderer religiöser Bekenntnisse geschmälert wurde.

Wahr ist, daß sich die Behörden einer reicheren Entfaltung der katholischen Feste nicht widersetzt haben; wußte man doch, daß es sich bei ihnen um eindeutig regierungstreue Kreise handelte. Es ist auch richtig, daß bis zum Ausbruch der Krise die Katholiken allein Armegeistliche hatten. Aber bis dahin war überhaupt kein Buddhist auf den Gedanken gekommen, den Beistand eines Armegeistlichen zu verlangen. Ebensowenig kann man es der Regierung zur Last legen, wenn der eine oder andere katholische Armegeistliche seine Zuständigkeit überschritten hat.

Anderseits muß festgestellt werden, daß die katholischen Seminaristen im Gegensatz zu den jungen Bonzen nicht vom Heeresdienst befreit sind; gegenwärtig stehen 60 von ihnen unter den Fahnen. Die Katholiken werden genauso vor Gericht gezogen wie die übrigen; wie zum Beispiel jener Leutnant, der wegen Teilnahme am Staatsstreich vom November 1960 zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurde. Auch die Priester genießen keinerlei Immunität. Einer von ihnen, der Schriftleiter einer Zeitung, wurde zu 18 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt, weil er nach dem Attentat von 1957 gegen den Präsidenten veröffentlicht hatte, man müsse für die Wiederkehr des Vertrauens beten und jener Begeisterung der Jahre 1954/55. Ein anderer, der es vor den Wahlen zur Nationalversammlung gewagt hatte, seinen Gläubigen auf der Kanzel zu empfehlen, nur für ehrenhafte Männer zu stimmen, denen das Interesse des Landes vor ihrem eigenen gehe, wurde angezeigt und auf eine Landpfarre versetzt.

Die Regierung und die Buddhisten

Damit kommen wir zum Kern des Problems. Von einer „Buddhistenverfolgung“ in Südvietnam sprechen heißt die Sprache mißbrauchen. Wohl geschieht es, daß bestimmte Worte in ihrer Bedeutung verblassen und man sie rechtens in einem abgeschwächten Sinn gebraucht. Das gilt aber keineswegs von dem Wort „Verfolgung“; es bedeutet immer noch: tyrannisch und grausam quälen.

Doch lassen wir das Wort und kommen wir zu den Tatsachen. Was geschieht denn in Südvietnam? Trifft es zu, daß Menschen dazu verurteilt waren, für ihre Religion zu leiden und den Tod auf sich zu nehmen? Nein, das ist nicht wahr! Es gab am 8. Mai Tote in Hué; wir werden auf diese tragischen Ereignisse zurückkommen. Es haben sich auch Bonzen und zwei junge Novizen freiwillig verbrannt. Die exaltierten Novizen haben ohne Erlaubnis ihrer Vorgesetzten und ohne öffentliche Schaustellung gehandelt. Aber der Tod des ersten Bonzen namens Thich Quang Duc, der am 11. Juni starb, ist propagandistisch ausgeschlachtet worden; man hat von ihm als von einem „Martyrer“ gesprochen.

Auch in diesem Fall wird mit dem Wort Mißbrauch getrieben. Man nennt jenen einen Martyrer, der den Tod erleidet, um für die Wahrheit des Glaubens einzutreten. In unserm Fall dagegen handelt es sich um einen Mönch, dem man gewiß die Achtung nicht versagen wird, der sich selbst auf öffentlichem Platz den Tod gegeben hat ohne den geringsten Druck von seiten angeblicher Verfolger. Denen war im Gegenteil viel daran gelegen, ein solches Schauspiel zu verhindern. Die Wahrheitsfrage seines Glaubens stand überhaupt nicht zur Diskussion.

Es ist nicht leicht, Menschen der westlichen Welt diesen Aufsehen erregenden Schritt verständlich zu machen. Wir sind der Auffassung, daß es sich hier um einen

klaren Fall von Mißbrauch der Religion handelt. Vor der Ankunft der Franzosen bildeten derartige Selbstverbrennungen in der Geschichte des Buddhismus in Vietnam keine Seltenheit. Es handelte sich um eine Art Feuerprobe, um festzustellen, bis zu welchem Grad der Erleuchtung ein Mönch gelangt war. Wer die buddhistische Meditation übt, soll ja zu einer völligen Loslösung von seinem Ich kommen und die Nichtexistenz seiner Person und insbesondere seines Leibes verwirklichen. Ist er wirklich so weit gekommen, dann bleibt ihm nur noch, die materielle Scheingestalt zu verbrennen und ins Nirwana einzugehen. Aber man hatte es früher nie erlebt, daß sich dieser Vorgang auf öffentlichem Platz mit gewollter Publicity und in Gegenwart photographierender Mönche abspielte.

Wie kam es dazu, daß sich das Verhältnis zwischen Regierung und Buddhisten dermaßen verschlechterte und zu der gegenwärtigen hochexplosiven Lage geführt hat, die sich in den Vorgängen des 8. Mai entlud und seitdem nur verschärft hat? Auf diese Kernfrage ist bis heute noch keine klare Antwort gegeben worden. Uns scheint, daß sich die Opposition der Bonzen gegen die Regierung auf Grund folgender Fakten entwickelt hat:

1) Die Gereiztheit der Buddhisten wegen der etwas lauten Fortschritte des Katholizismus zusammen mit dem Wohlwollen, dem er bei den Behörden begegnete. Dies war Grund genug zu dem übelwollenden Hinweis, daß der Katholizismus die Religion der Franzosen gewesen ist und ein „Erlaß Nr. 10“ aus der Regierungszeit von Bao Dai ein Sonderstatut für die katholischen und protestantischen Missionen vorsieht. (Dessen Sinn war übrigens nicht, das Christentum zu begünstigen, sondern seinem internationalen, bzw. ausländischen Charakter Rechnung zu tragen.)

2) Das zunehmende Bewußtsein von der Stärke des organisierten Buddhismus. Während die politische Führung den Buddhismus als solchen aus dem einfachen Grunde nicht anerkannt hatte, weil er bis dahin überhaupt nicht als einheitliche, organisierte Größe in Erscheinung trat, schlossen sich die Buddhisten, wie wir sahen, dem Buddhistischen Weltbund an und setzten sich zum Ziel, ihren früheren Einfluß zurückzugewinnen. Dabei nahmen sie sich übrigens in mehr als einem Punkt die christlichen Organisationen zum Vorbild. So schufen sie als Gegenstück zur päpstlichen Fahne ihrerseits ein buddhistisches Banner, während seit undenklichen Zeiten kein noch so frommer Buddhist Buddha unter dem Zeichen einer Fahne verehrt hatte. Es läßt sich auch gar nicht leugnen, daß der Buddhismus gerade unter dieser angeblich buddhistenfeindlichen Regierung deutliche Fortschritte gemacht hat. Das wird durch die offizielle Statistik erhärtet: Von den 4766 Pagoden, die es heute im Lande gibt, sind während der 8 Regierungsjahre unter Diem und trotz der ungünstigen Kriegszeit nicht weniger als 1275 Pagoden von den Buddhisten neu errichtet worden. Dazu kommen 1295 restaurierte Pagoden; von den sozialen Leistungen ganz zu schweigen.

3) Widerstand gegen die Polizeimethoden der Regierung. Der Buddhismus entwickelt den Sinn für die individuelle Freiheit; und keiner sieht sich gern beargwöhnt, nur weil man sich z. B. nicht in eine Organisation einspannen lassen will. Umgekehrt ist es aber auch wieder verständlich, daß sich der Verdacht der Regierung in zunehmendem Maß gegen eine Bewegung richtete, die so wenig straff organisiert ist und deren Führer nur in einem sehr vagen Sinn für die Umtreibe ihrer Leute verantwortlich sind.

4) Inwieweit die buddhistische Bewegung bereits von umstürzlerischen Elementen infiltriert ist, läßt sich schwer feststellen. Eine solche Infiltration liegt jedoch ganz im Bereich der Möglichkeit.

Wenn wir uns all diese Voraussetzungen vor Augen halten, dann werden die Vorgänge des 8. Mai und die späteren Ereignisse eher verständlich. Wir wollen hier vor allen Dingen zwei Punkte zu klären suchen, die in Presseberichten besonders unsachlich dargestellt werden: die Vorgänge des 8. Mai und die sogenannten „5 Forderungen“.

Die Vorgänge des 8. Mai

Kein einziger Auslandskorrespondent befand sich am 8. Mai in Hué. Der erste ausländische Journalist traf erst 4 Tage später dort ein. Er blieb nur einen Tag. Nach den Erkundigungen, die wir an Ort und Stelle einzogen, spielten sich die Ereignisse folgendermaßen ab: Im September 1957 untersagte die Regierung die öffentliche Verwendung von internationalen religiösen Fahnen. Dieses Verbot wurde in den Jahren 1958 und 1962 wiederholt. Es blieb indes bis zum 6. Mai 1963 toter Buchstabe. An diesem Tag brachte ein offizielles Telegramm das Verbot von neuem in Erinnerung, und zwar für die gesamte Bevölkerung, Katholiken so gut wie Buddhisten. Nun waren einige Tage zuvor zwei katholische Bischöfe im Innern des Landes unter einem reichen Aufgebot päpstlicher Fahnen feierlich in ihr Amt eingeführt worden, und zwei Tage nach dem Telegramm sollte der Geburtstag Buddhas gefeiert werden. Am 7. Mai machte die Polizei die Runde durch die Stadt, die bereits Fahnenschmuck angelegt hatte, und forderte die Bewohner auf, die Fahnen wieder einzuziehen. Angesichts der Erregung der Bevölkerung nahm es der Vorsteher der Provinz auf sich, das Inkrafttreten des Verbots für drei Tage auszusetzen. Doch es war bereits zu spät: Die versöhnliche Haltung der Ortsbehörden vermochte den Mißgriff des Regierungserlasses nicht mehr ungeschehen zu machen.

Am Abend des 8. Mai formierten sich 3000 Buddhisten, statt an den traditionellen Tänzen teilzunehmen, zu einem Zug und setzten sich in Richtung auf das Rundfunkhaus in Bewegung. Als der Zug dort angekommen war, verlangte ein Bonze die Ausstrahlung eines Sonderprogramms. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich um eine regierungsfeindliche Sendung. Der Leiter des Rundfunk-

hauses weigerte sich mit dem Hinweis, daß sämtliche Sendungen einer Vorzensur unterlägen. Als die Lage immer bedrohlicher wurde, erbat ein Offizier (ein Katholik) bei seinem Vorgesetzten, der sich in Tourane aufhielt, telephonisch Weisung. Dieser, ein General und Buddhist, entschied: Um das öffentliche Gebäude zu schützen sei notfalls ohne Bedenken von der Waffe Gebrauch zu machen.

Daraufhin erschienen Militär und Polizei mit zwei oder drei Panzern und einem Wagen der Feuerwehr. Was dann genau geschah, ist nicht mehr zu klären. Man erfährt nur, daß die Soldaten zunächst den Wasserwerfer in Tätigkeit setzten, dann Tränenbomben warfen und schließlich Warnschüsse in die Luft abgaben. In diesem Augenblick wurde, man weiß nicht von wem, eine Handgranate geworfen, die 8 Personen, lauter Frauen und Kinder, tötete. Möglich, daß ein Soldat, der den Kopf verloren hatte, sie in die Menge warf. Die Leichen der Opfer wurden anderntags eingäschert.

Am Sonntag, der auf diesen tragischen Tag folgte, sprach Erzbischof Thuc in einer Rundfunkansprache den Familien der unglücklichen Opfer seine Teilnahme aus; er schlug die Bildung einer aus Buddhisten, Katholiken, Protestanten und Caodaisten zusammengesetzten Untersuchungskommission vor. Dieser Vorschlag blieb ohne Echo. Die Buddhisten ihrerseits nannten die Opfer „Martyrer“ und schlachteten das unselige Vorkommnis gegen die Regierung aus.

Die fünf Forderungen

Als Antwort auf den tragischen Abend von Hué wurden vom Allgemeinen Buddhistenbund 5 Forderungen aufgestellt. Sie besagten:

- 1) Die Regierung solle das Verbot buddhistischer Fahnen endgültig zurücknehmen.
- 2) Die Buddhisten sollten in den Genuß des gleichen Sonderstatus gelangen, wie er den Katholiken in dem „Erlaß Nr. 10“ gewährt worden war.
- 3) Die Regierung solle die Verhaftungen und Verfolgungen gegen den Buddhismus einstellen.
- 4) Bonzen und Anhänger des Buddhismus sollten die Freiheit der Kultausübung und der Glaubensverbreitung genießen.
- 5) Die Regierung solle für die widerrechtlich Gemordeten eine gerechte Entschädigung leisten und die Anstifter gebührend bestrafen.

Diese 5 Punkte wurden am 14., 15. und 16. Juni von einem Ministerausschuß beraten, dem der Vizepräsident der Republik, 2 Staatssekretäre und auf der andern Seite eine buddhistische Abordnung von 5 Mitgliedern angehörten. Man einigte sich auf ein schriftliches Abkommen, das der Präsident der Republik mit folgenden Worten gegenzeichnete: „Die auf beiliegendem Dokument genannten Punkte haben von Anfang an meine grundsätzliche Zustimmung besessen. Gezeichnet: Ngo Dinh Diem.“

Man hätte glauben können, der Konflikt sei damit beigelegt gewesen. Doch das wäre eine schwere Täuschung gewesen. Tatsächlich muß man sich angesichts gewisser Vorkommnisse fragen, ob man nicht von vornherein den Versöhnungswillen des Präsidenten bösartig hat vereiteln wollen. Am 26. Juni, 10 Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens, wurde eine „Verlautbarung 3 der Republikanischen Jugend“ veröffentlicht, in der es heißt: „Unsere Kameraden finden, daß das Abkommen weder seinem Inhalt noch seiner Form nach dem Ideal der Republikanischen Jugend entspricht . . . Unsere Kameraden finden, daß das Abkommen offenbar Privilegien und Monopole zum Vorteil einer Gruppe schafft, während doch die Verfassung die Gleichheit aller im kollektiven Aufstieg verkündet . . . Unsere Kameraden finden, daß das Abkommen gegen das Gesetz ist.“ Wenn man sich erinnert, daß der Führer der Republikanischen Jugend kein anderer ist als Ngo Dinh Nhu, dann wird der Zweifel der Buddhisten an der ehrlichen Absicht des Abkommens verständlich. Wie kaum etwas sonst offenbart dieses Beispiel, in welch schwieriger Lage sich die Regierung befindet; denn man fragt sich unwillkürlich: Wer ist eigentlich die Regierung? Man kann nur bedauern, daß sich Erzbischof Thuc in seiner Rede in der Universität von Hué am 26. Juli die Argumente der „Verlautbarung 3 der Republikanischen Jugend“ zu eigen mache und unter anderm erklärte: „Das Telegramm, das am Tag vor dem Geburtstag Buddhas bekanntgegeben wurde, ist nicht in besonderer Weise gegen die Buddhisten gerichtet, da ja 14 Tage später das hohe Fest Mariä Himmelfahrt gefeiert wurde.“

Natürlich hatte auch Frau Nhu ein Wort mitzureden, und sie hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen. Sie hielt am 3. August eine Ansprache. Die Heftigkeit ihrer Rede zeigt, wie sehr sich die Fronten bereits versteift hatten. Man ist bereits beim Stadium gegenseitiger Beschimpfungen angelangt. Auf Seiten der Buddhisten ist ebenfalls kein Wille zur Versöhnung mehr vorhanden. Man sagt jetzt ohne Umschweife, daß das Ziel nicht mehr lautet: Erfüllung der 5 Forderungen, sondern: Sturz der Regierung. Als am 18. Juli die Bildung einer Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde, lehnten die Buddhisten ab.

Inzwischen sind wieder zwei junge Bonzen in den Feuertod gegangen. Aus welchem Grund? Um ihre Religion zu verteidigen? Aber warum verteidigt sich diese ihre Religion nicht in den Formen, die man ihr vorschlägt? Man schenkt den Vorschlägen der Regierung kein Vertrauen mehr. Es ist klar, daß die Buddhisten den Sturz der Regierung wollen. Der Selbstmord der Bonzen soll diesen Sturz beschleunigen helfen; und das ist gar nicht ausgeschlossen, zumal wenn Frau Nhu fortfährt, die Opfer zu verspotten und die Weltmeinung sich weiter von Emotionen leiten läßt.

Es scheint ein Kampf ohne Gnade. Die entscheidende Frage ist, ob es dem Allgemeinen Buddhistenbund gelingen wird, alle mit der Regierung Unzufriedenen zu sammeln. Er ist von diesem Ziel im Augenblick noch weit entfernt. Man ver-

sucht, die Flamme der Erregung lebendig zu erhalten; man veranstaltet Kundgebungen, vor allem an der Xa-Loi-Pagode, wo die Gläubigen beten, um das Herz des „Martyrers“ zu ehren. Man sucht, die öffentliche Meinung zu mobilisieren; man gibt Streikparolen aus und zieht sie zurück, sobald man merkt, daß sie keinen Erfolg haben. Wer jedoch nach Saigon kommt, stellt zu seiner Überraschung fest, wie gering das Interesse der Bevölkerung an dem Konflikt ist. Keine Spur von Barrikadenstimmung, keine Erregung. Wenn ein Bonze eine durch Lautsprecher verstärkte Rede hält, mag man zuweilen ein paar Tausend Zuhörer zählen. Doch was besagt das in einer Großstadt wie Saigon! Auf dem Land kein Interesse. In der Armee kein Interesse. Die Leute wollen in Frieden arbeiten.

Im Grund haben die Menschen hier nur den Wunsch, eine Regierung zu unterstützen, die ihnen seit 8 Jahren den Frieden gewährleistet hat und den Kommunismus entschlossen bekämpft. Aber die Regierung sollte es vermeiden, sich verhaftet zu machen. Frau Nhu scheint überzeugt, daß die einzige Haltung, die Erfolg verspricht, die wilde Entschlossenheit der Regierung sei, jede Opposition zu ersticken. Der Präsident hält es noch für möglich, das Land zusammenzuhalten. Ob er sich darin nicht täuscht? Umgekehrt suchen die Buddhisten, die Opposition zu einem Block zusammenschließen.

Buddhisten und Katholiken

„Wohlverstanden, wir sind nicht gegen die Katholiken“, sagte uns der Bonze von Xa-Loi. „Wir wissen sehr gut, daß wir uns nicht gegen einen christlichen Kreuzzug zu verteidigen haben, wohl aber gegen gewisse Katholiken, die an der Macht sind.“ Beim Tod Johannes' XXIII. und dem Regierungsantritt Pauls VI. gingen auch aus dem buddhistischen Vietnam zahlreiche Telegramme nach Rom. Man trägt den Wunsch nach religiösem Frieden öffentlich zur Schau. Warum sollte das nicht ehrlich gemeint sein? Die gesamte Lage, wie wir sie hier zu schildern versucht haben, läßt freilich die Frage aufstehen, ob das nicht taktische Manöver sind. Es ist möglich, daß die Buddhisten die Bildung einer geschlossenen Verteidigungsfront im Auge haben, die alle Religionen, selbst auch die Katholiken umfaßt. Denn längst nicht alle Katholiken sind von dem indiskreten Eifer der Regierung erbaut.

Auf katholischer Seite gibt es sehr verschiedene Reaktionen: Einige wollen vergessen machen, daß sie der „bevorzugten“ Religion angehören und machen gemeinsame Sache mit den Buddhisten. Die meisten stehen indes hinter Erzbischof Binh von Saigon. Sie sind für Gewissensfreiheit, wollen aber der Regierung die Treue halten.

Was würde im Fall eines Sieges der Buddhisten geschehen? Sie würden zweifellos dazu neigen, das Beispiel ihrer Brüder in Ceylon zu befolgen und für die erlittene Zurücksetzung Rache nehmen, eine Rache, die sich vielleicht in gewissen

Grenzen hielte. Sie würden sich nicht nur die politische, sondern auch die religiöse Überlegenheit sichern. Umgekehrt: siegt die Regierung, dann steht zu befürchten, daß die Gewaltanwendung nur einen angestauten Haß erzeugt, den die Katholiken eines Tages zu spüren bekämen. Auf alle Fälle wird es höchste Zeit, daß die Katholiken etwas unternehmen, damit zwischen Kirche und Regierung Diem sauber geschieden wird.

Wir glauben gezeigt zu haben, wie kompliziert und vielschichtig das Problem Südvietnam ist. Natürlich gäbe es ganz einfache Lösungen, wie etwa: Man lastet der Regierung Diem alles Schlimme an und verlangt nach internationalen Sanktionen. Das scheint einer schlecht informierten Weltmeinung das Nächstliegende. Man braucht nur von einem „katholischen Regime“ zu schreiben, das 80 % der buddhistischen Bürger verfolgt und auf die Menge schießen läßt². Eine andere dieser allzu einfachen Lösungen wäre die, die Augen vor den Fehlern und Un geschicklichkeiten der Regierung Diem zu verschließen unter dem Vorwand, sie sei fest antikommunistisch. Der wahre Antikommunismus weiß, daß seine Stärke im Gebrauch von Intelligenz und Aufrichtigkeit besteht. Das heißt aber: man darf die Augen eben nicht schließen.

Wenn es überhaupt eine Lösung gibt, dann kann sie auf keinen Fall in einer solchen unrealistischen Vereinfachung bestehen. Das Problem, vor dem wir stehen, ist zunächst ein innervietnamesisches Problem. Dennoch nehmen wir daran Anteil, weil uns sein Geschick alle angeht, weil da ein Land innerlich zerreißt, das gleichzeitig vor einer ernsten Bedrohung von außen steht. Der Welt muß zu allererst daran gelegen sein, daß Südvietnam seine innere Geschlossenheit zurückgewinnt, damit es den Kampf, in dem es steht, erfolgreich zu Ende führen kann.

Zweifellos hat Henry Cabot Lodge als Gesandter der Vereinigten Staaten in Saigon in dieser Absicht seine Vermittlung angeboten. Es gibt keine noch so verfahrene Situation, die mit gutem Willen nicht zu entwirren wäre; es gibt aber auch keine noch so geringfügig erscheinende Krise, die nicht durch Hetze tödlich vergiftet werden könnte³.

² Das Neueste, was man sich in dieser Hinsicht geleistet hat, findet sich in dem von 15 000 clergymen der USA unterzeichneten Offenen Brief. Dort werden die „Strategischen Dörfer“ den „Konzentrationslagern“ verglichen. Wir haben vorige Woche 3 derartige Dörfer völlig unangefochten durchquert. Ihre Tore werden nur des Nachts geschlossen, und zwar, um die Bewohner vor möglichen Überfällen des Vietminh zu bewahren.

³ Der Beitrag war abgeschlossen, als bekannt wurde, daß ein weiterer Mönch „die Erlaubnis erhalten hat“, sich zu verbrennen. Eine Liste solcher freiwilliger Todeskandidaten ist aufgestellt worden, und jedesmal, wenn es sich darum handelt, die Weltöffentlichkeit von neuem zu alarmieren, gibt man „grünes Licht“ für ein neues Opfer. Diese reichlich abstoßende Form von Propaganda leistet dem religiösen Anliegen des Buddhismus keinen guten Dienst.